

zeitung gegen den krieg

Nr. 47 Herbst 2020

Die Atombomben vor 75 Jahren

Die atomare Gefahr heute



Winfried Wolf

Am 6. und 9. August 1945 starben binnen weniger Stunden mehr als 150.000 Menschen in Hiroshima und Nagasaki als Folge des Abwurfs einer Uranbombe und einer Plutonium-Bombe. Es ging dabei nicht um die Abkürzung des Kriegs gegen Japan. Das Kaiserreich war längst zur Kapitulation bereit. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in das japanisch besetzte Territorium, der am 9. August, wie mit der US-Regierung vereinbart, begonnen hatte, wirkte auf die japanischen Militärs stärker als die Zerstörung der beiden Städte. Die Atombombe war für die Regierung in Washington erstens ein Waffentest, zweitens eine Warnung gegenüber der Sowjetunion und drittens eine reine Machtdemonstration gegenüber der übrigen Welt. US-Präsident Truman kommentierte das „Manhattan-Projekt“ zum Bau der Bombe und den Abwurf der ersten zwei Atombomben gegenüber der *New York Times* wie folgt: „Wir haben zwei Milliarden Dollar im größten wissenschaftlichen Spiel in der Geschichte gesetzt und gewonnen.“ Mit dem Bombenabwurf wurde der Welt diktiert: Die USA sind ab jetzt der Hegemon auf wirtschaftlichem, politischen und militärischem Gebiet.

Seither haben die USA diese hegemoniale Position durch Bündnisse wie das der NATO gefestigt, durch eine gigantische Hochrüstung, durch ein halbes Hundert militärischer Interventionen und Militärputsche und mit einem halben Dutzend großer Kriege verteidigt. Letzteres mit den Kriegen in Korea 1950-53, in Indochina 1964-1975, im Irak 1990/91, in Serbien und im Kosovo 1999, in Afghanistan seit 2001 und ein weiteres Mal im Irak 2003. Der größte Erfolg dieser US-Hegemonialpolitik bestand darin, dass 1990/91

die Sowjetunion implodierte, der größte Teil ihrer ehemaligen Bündnispartner, darunter die DDR, dem westlich-kapitalistischen Reich einverleibt wurde und die Nato bis an die Grenzen zu Russland vorrücken konnte. Dass die erwähnten Kriege für die Regierungen in Washington genau die hier zugeschriebene Funktion haben, unterstrich der US-Präsident George Bush senior, als er zum Auftakt des Irak-Kriegs 1990 konstatierte: „We create a new world order“ – Wir zementieren mit diesem Krieg die neue und alte Weltordnung.

Einigermaßen unerwartet entstand jedoch in den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts eine neue Situation. Der US-Hegemon wird seither von dritter Seite herausgefordert. Und so, wie die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre als Beschleuniger der neuen Kräfteverhältnisse gewirkt hatte, so wirken die Krisen des 21. Jahrhunderts als Beschleuniger für veränderte Kräfteverhältnisse. Aus der Krise 2007/2008 ging China als Weltexportmeister hervor. Aus der Krise 2020 steigt dieses Land zur größten und kreativsten Wirtschaftsmacht der Welt auf. Letzteres wird noch dadurch hervorgehoben, dass China die Corona-Epidemie eindämmen konnte, während die USA in einem Seuchen-Desaster versinken.

Ein Hegemon tritt nicht von der Weltbühne ab, ohne alle seine Karten ausgespielt zu haben. Und den USA bleibt eine entscheidende Karte: die militärische. Vor eineinhalb Jahrzehnten begann Washington eine neue Politik von Hochrüstung und Einkreisung des alten Herausforderers Russland und des neuen Herausforderers China. Die USA verlangen dabei von ihren Bündnispartnern Vasallentreue. Gegebenenfalls wird dieser erpresst – siehe Nordstream II. Die US-Regierungen – und zwar diejenige unter Bill Clinton, diejenige unter George W. Bush (junior), diejenige unter

Barack Obama, diejenige unter Donald Trump und gegebenenfalls diejenige unter Joe Biden – setzen unverhüllt auf Atomwaffen, die in einem neuen Weltkrieg um die Hegemonie eingesetzt werden sollen (siehe die Seiten 5 und 7).

In dieser Lage befindet sich die Welt am Beginn des dritten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts. Es gibt in dieser Konfrontation nicht eine böse und eine gute Seite. Den Uiguren werden die Menschenrechte abgesprochen? Richtig! In Belarus wurden Wahlen gefälscht; dort wird die Opposition mit Polizeigewalt unterdrückt? Richtig! Aus Venezuela sind Hunderttausende Menschen geflohen, weil die Maduro-Regierung versagt? Zutreffend!

Doch wir als Friedensbewegung wehren uns gegen jede Instrumentalisierung. Wir weisen darauf, dass in Saudi-Arabien und in anderen arabischen Staaten der Hälfte der Bevölkerung, allen Frauen, die Menschenrechte abgesprochen werden. Dass in der Türkei jede ernsthafte Opposition unterdrückt, Wahlen manipuliert und kurdische Städte mit Panzern in Schutt und Asche gewalzt werden. Dass in Katalonien die Autonomie von spanischen Sondereinsatzkräften zerschlagen wird. Und es sind unter anderem deutsche Waffen, mit deren Hilfe in Saudi-Arabien und in der Türkei die Menschenrechte unterdrückt werden. Es ist die Europäische Union, die die Repression der Regierung in Madrid gegenüber der Bevölkerung in Katalonien absegnet und die zulässt, dass gewählte Vertreter der katalanischen Autonomie-Bewegung in spanischen Gefängnissen sitzen.

Noch nie seit den 1930er Jahren war eine neue Friedensbewegung so notwendig wie heute. Es ist fatal, wenn in dieser Situation fortschrittliche Kräfte die tatsächlichen Gefahren für die Menschheit nicht erkennen und von einer Weltverschwörung eines Bill Gates faseln. Es ist fatal, wenn führende Grüne sich an die Spitze der neuen Kalten-Kriegspolitik stellen und das Sanktionsregime der US-Regierung gegen Russland und China befürworten. Es ist fatal, wenn die Vereinigte Europäische Linke im Europaparlament am 23. Juli gemeinsam mit den Konservativen und Sozialdemokraten einer Resolution zustimmt, für den „Europäischen Verteidigungsfonds“, also für EU-Aufrüstung, gefordert werden. Und es ist fatal, wenn der Ko-Fraktionsvorsitzende der einzigen Partei im Bundestag, die bisher konsequent gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und gegen die deutsche Aufrüstung stimmte, ankündigt, dass die Themen Rüstung, Nato und Auslandseinsätze kein Tabu bei der Frage einer Regierungsbeteiligung sein würden (siehe Seite 5).

Wir erleben mit Corona, Wirtschaftskrise, Klimakrise und Atomkriegsgefahr eine Vierfachkrise, wie es sie in der Geschichte der Menschheit noch nie gab. Am Antikriegstag 2020 gilt es, dies den Menschen bewusst zu machen und alle Kräfte einzusetzen, um diesen existenziellen Gefahren zu begegnen.

Interview mit Jürgen Grässlin	Trotz Corona Rüstungsexport-Rekord	Seite 3
Sahra Wagenknecht	Ohne Frieden ist alles nichts	Seite 3
Henning Zierock	95. Geburtstag von Mikis Theodorakis	Seite 5
Sevim Dagdelen	Das Libanon-Desaster	Seite 6
Ulrich Sander	Soldat 70	Seite 7
Hannes Rockenbach	Eucom & Africom schließen!	Seite 8

Hallo Frau Kramp-Karrenbauer!

Mitten in der Corona-Epidemie haben Sie beschlossen, dass die Tornado-Kampffjets der Bundeswehr ersetzt werden durch F-18-Kampfflugzeuge von Boeing. Was das kosten wird, haben Sie verschwiegen. Aktive bei Greenpeace haben auf Basis eines vergleichbaren Rüstungsauftrags in Australien nachgerechnet. Das Ergebnis: Es handelt sich hier „um eines der größten Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr“, bei dem die US-Rüstungsindustrie im Umfang von „mindestens acht Milliarden Euro“ profitieren würde. Einmal abgesehen von der Quantität geht es um eine wichtige Qualität. Die neuen F-18-Kampfflugzeuge sollen „in die Lage versetzt werden, im Kriegsfall in Deutschland stationierte US-Atombomben ins Ziel zu tragen“. Ein Rüstungs-Großauftrag, um die Bundeswehr noch besser einsatzfähig für einen Atomkrieg unter US-Kommando zu machen. Wir lassen hier mal die peinliche Debatte weg, wonach man die Atomkriegsfähigkeit auch mit Bordmitteln, mit einem Kauf von Eurofightern, erreichen könnte. Das betont ausgerechnet der Gesamtbetriebsrat bei Airbus. Ob Boeing-Jets oder Eurofighter-Kampfflugzeuge. Es ist ein dreifacher Skandal: Erstens ist die reine Summe für Kriegsmaterial skandalös. Zweitens ist es ein Skandal, dass damit die Atomkriegsgefahr befördert wird. Drittens ist es in Zeiten von Epidemie und Krise skandalös, eine solche Hochrüstung zu betreiben. In Abwandlung des alten Slogans, damals bezogen auf Bildung, muss es heißen: „Bei der Rüstung sind sie fix. Für die Gesundheit tun sie nix“.

Hallo Frau Kamela Harris!

Sie könnten ja die übernächste Person im US-Präsidentenamts sein. Dann, wenn Joe Biden gewinnt und sich später altersbedingt zurückzieht. Schon klar, Trump muss weg. Doch Sie (und auch Biden) könnten sich im US-Präsidentenamts als eine noch größere Enttäuschung erweisen als Barack Obama eine war. Es gibt bei Ihnen kein Wort der Kritik an den gigantischen US-Rüstungsausgaben. Keine Kritik an der US-Politik der Einkreisung von Russland und China. Als Generalstaatsanwältin in Kalifornien sorgten Sie dafür, dass vermehrt Leute wegen kleiner Verstöße – so wegen des Rauchens von Marihuana oder wegen Schulschwänzen – in den Knast kamen. Sie bezeichneten sich selbst stolz als „Top-Cop“, als Ober-Bulle. Sie sorgten für ständigen Nachschub im privatisierten US-Gefängnisystem, in dem sich inzwischen 7,5 Millionen Menschen befinden. Die Wahl, die die US-Menschen am 3. November 2020 haben, ist echt eine zwischen Pest und Cholera. Als ob Corona nicht schon genug wäre.

Fragen & Antworten zur deutsch-israelischen Militärshow über dem KZ Dachau vom 18.8.2020

Relativierung des Holocaust und Übung für den Krieg gegen Teheran

Am 18. August donnerten zwei israelische Kampfflugzeuge vom Typ F-16 und drei deutsche Eurofighter über das ehemalige KZ Dachau. Demonstriert werden sollte das gute deutsch-israelische Verhältnis. In der Folge gibt es zweiwöchige gemeinsame Übungen.

Frage 1: Macht eine solche Zusammenarbeit – mit Anflügen der Jets über mehr als 3000 Kilometer hinweg – militärisch Sinn?

Antwort: Deutsche Beobachter behaupten dies. Ein Berichterstatter von *Bild* behauptete, „beide Seiten können viel voneinander profitieren“. Die israelischen Militärs würden „das deutsche Terrain, den deutschen Wald“ so nicht kennen. Darüber hinaus verfüge die Bundeswehr „mit dem Eurofighter über ein modernes Flugzeug, was die Israelis so nicht haben“. Das ist Unsinn. Die israelische Armee ist kriegserprobt. Sie fliegt mehrmals im Monat Kampfangriffe – im Gaza-Streifen und in Syrien. Die US-F-16-Kampffjets sind dem Eurofighter ebenbürtig. Es geht bei den Israelis ganz sicher nicht darum, von der Bundeswehr militärisch zu lernen.

Frage 2: Wenn es keine militärischen Argumente für die Übungen gibt, gibt es dann politische?

Antwort: Ja. Die deutsche Verteidigungs-

ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer betonte: „Heute stehen hier israelische und deutsche Soldaten Seite an Seite. Lasst uns an die schmerzhaften Geschichte erinnern – für eine bessere Zukunft.“

Frage 3: Ist das nicht gut? Haben wir vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte nicht allen Grund, mit Israel zusammenzuarbeiten, auch militärisch?

Antwort: Die Bundeswehr ist nicht irgendeine Armee. Die deutsche Armee steht mit ihrer Traditionspflege, mit ihren Symbolen und ihrem ehemaligen Gründungspersonal in einer nur wenig gebrochenen Linie mit dem deutschen Militarismus und der NS-Wehrmacht. Wobei die Wehrmacht an der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung aktiv beteiligt war. Die Bundeswehr wurde Anfang der 1950er Jahre von Nazi-Offizieren gegründet. Nazi-Militärs haben diese Armee eineinhalb Jahrzehnte lang geprägt. Als drei Beispiele seien genannt: die Generäle Adolf Heusinger, Hans Speidel und Johann Adolf Graf von Kiemannsegg. Alle drei ranghohe Nazi-Generäle und Hitler-Fans. Alle drei waren ab Mitte der 1950er Jahre führende Köpfe in der Bundeswehr – und dies bis weit in die 1960er Jahre hinein.¹

Frage 4: Aber kann man von einer doch zeitlich begrenzten personellen Kontinuität auf eine politische schließen?

Antwort: Es gab in der Bundeswehr jahrzehntlang einen positiven Bezug auf die Wehrmacht. Erst in dem Maß, wie die Verbrechen der Wehrmacht auch in Westdeutschland einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden, wurden diese Bezüge teilweise eliminiert. Doch verschwunden sind sie nicht. So ist Karl Theodor Molinari bis heute der Namenspatron des *Deutschen Bundeswehrverbandes (DBwV)*. Der Mann war hochdekorierter Wehrmachtsoffizier. Er wurde in Belgien wegen Kriegsverbrechen verurteilt. In der Bundeswehr hatte er zuletzt den Rang eines Generalmajors.² Bis heute gibt es die „Generalfeldmarschall Erwin Rommel-Kaserne“ in Augustdorf in Nordrhein-Westfalen und die „Rommel-Kaserne“ in Dornstadt, Baden-Württemberg. Erwin Rommel war führender NS-Militär („Wüstenfuchs“). Noch im November 1997 wurde die Eichelberg-Kaserne in Bruchsal umbenannt in „General-Dr. Speidel-Kaserne“. Speidel war an Juden deportierungen beteiligt. Die „Gebirgsjäger“-Traditionisten der Bundeswehr stellen sich bis heute in die NS-Gebirgsjäger-Tradition. Jahr für Jahr organisiert die Bundeswehr mit den Gebirgsjägern in Mittelwald Gedenkfeiern für Kriegsverbrecher. Diese Einheit war in Griechenland an der Vernichtung hunderter Dörfer und deren Bevölkerung beteiligt.

Frage 5: Es geht bei den Auftritten in Dachau erklärtermaßen um Versöhnung. Es waren auch Nachfahren von Holocaust-Opfern vor Ort. Sie begrüßten die gemeinsamen

Manöver.

Antwort: Die israelische Seite mag dafür spezifische Gründe haben. Doch wir als Deutsche müssen klar sagen: Deutsche Kampfflugzeuge über einem KZ – das geht gar nicht. Dann noch gemeinsam mit israelischen Jets: das ist pervers. Dies stellt eine Verhöhnung der Holocaust-Getöteten dar. Es werden Täter reingewaschen, indem man die Opfer instrumentalisiert. Es geht bis hinein in die Symbolik. Die deutschen und die israelischen Soldaten, die an der Übung teilnehmen, tragen Abzeichen, auf denen der Davidstern und das Eisener Kreuz ineinander verwoben sind. Das ist zynisch. Alle oben genannten Nazi-Militärs und Bundeswehr-Mitbegründer waren Träger des Eisernen Kreuzes. Das Eisener Kreuz der Bundeswehr unterscheidet sich nur unwesentlich vom Eisernen Kreuz der Wehrmacht. Das Eisener Kreuz ist ein Symbol für den deutschen Militarismus, für das Vom-Zaubren der zwei Weltkriege. Das Eisener Kreuz kann nicht losgelöst werden von den Kriegsverbrechen der Wehrmacht. Dieses *Symbol der Täter* in Verbindung zu bringen mit dem *Davidstern*, dem *Symbol der Opfer*, das ist durch und durch zynisch.

Frage 6: Welche spezifischen Interessen soll die israelische Seite an diesen gemeinsamen Manövern haben?

Antwort: Eindeutig politische. Die Regierung in Israel befindet sich aktuell unter massivem Druck. Ministerpräsident Netanjahu ist wegen Betrug, Bestechlichkeit und Untreue angeklagt. Die Regierung hat in den Augen eines großen Teils der Bevölkerung bei der Bekämpfung der Corona-Epidemie versagt. Die Arbeitslosenquote ist auf mehr als 20 Prozent angestiegen. Es gibt fast täglich große Demonstrationen gegen Netanjahu. Ein erneutes Platzen der Koalition ist denkbar – was heißen würde: Neuwahlen. Das wären dann die vierten binnen eineinhalb Jahren. Da kommt das Dachau-Event wie gerufen. Die deutsche Regierung und die Bundeswehr dienen hier der Unterstützung Netanjahus – Unterstützung für dessen Politik des Machterhalts nach innen und der Aggression nach außen.

Frage 7: Was hat die Außenpolitik Israels mit Deutschland oder gar der Bundeswehr zu tun?

Antwort: Sehr viel. Und hier wird es dann praktisch und durchaus militärisch. Die Regierung Netanjahu hat soeben mit dem Regime der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) die wechselseitige diplomatische Anerkennung vereinbart. Das richtet sich einerseits gegen die Palästinenser. Andererseits dient es der weiteren Einkreisung des Iran und der Vorbereitung eines Kriegs von Israel und USA gegen Teheran. Das wird exakt so in Bundeswehrkreisen betont. Carlo Masala ist Professor an der Bundeswehr-Universität in München. Er sagt zum Israel-VAE-Deal: „Zentral ist jetzt in der Region nicht mehr der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, sondern der Konflikt mit dem Iran.“ Auch Saudi-Arabien sei heimlich Teil des neuen Bündnisses. Masala sieht „ein strategisches Dreieck Israel-VAE-Saudi-Arabien“. (Tagesspiegel vom 21.8.2020) Und da kommt dann Deutschland ins Spiel. Berlin rüstet seit Jahren die Golf-Staaten, vor allem Saudi Arabien, massiv auf. Die Bundeswehr ist zunehmend in der Region aktiv.

Und insofern haben die aktuellen deutsch-israelischen Manöver einen praktischen, militärischen Zweck – nur anders herum: Deutschland übt, um an der Seite Israels in dieser explosiven Region aktiv werden zu können.

Anmerkungen:

1 Heusinger hatte in der nationalsozialistischen Diktatur eine exponierte Stellung. Er war von 1955 bis 1964 Generalinspekteur der Bundeswehr. Speidel war an Kriegsverbrechen in Frankreich beteiligt. Er war von 1957 bis 1963 General der Bundeswehr. Johann Adolf Graf von Kiemannsegg war in der NS-Zeit zuletzt Oberst und enger Mitarbeiter von Heusinger. Er verfasste gemeinsam mit Heusinger „Geheime Kommandosachen“, in denen dokumentiert wurde, welche „Sühneerschießungen“ von Zivilpersonen die Wehrmacht an den verschiedenen Frontabschnitten vorgenommen hatte. In der Bundeswehr hatte von Kiemannsegg zuletzt den Rang eines Generals. Alle drei hatten in den 1960er Jahren auch hohe Positionen in der Nato.

2 Der Bundeswehrverband zählt 200.000 Mitglieder. Er hat eine Karl-Theodor-Molinari-Stiftung. Auf der Website des Verbands heißt es: „Die Karl-Theodor-Molinari-Stiftung e.V. wurde bereits 1988 als Einrichtung zur politischen Erwachsenenbildung gegründet. Der Name geht zurück auf den ersten Bundesvorsitzenden des DBwV, Generalmajor a. D. Karl-Theodor Molinari.“ Zur NS-Vergangenheit dieses Militärs findet sich dort kein Wort. Siehe: <https://www.dbwv.de/der-verband/stiftungen-engagement/karl-theodor-molinari-stiftung/>

+++ aktiv gegen krieg +++

Gegen das Vergessen von Hiroshima und Nagasaki

An die Atomwaffenabwürfe der USA auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August vor 75 Jahren wurde in mehr als 150 Orten Deutschlands erinnert. Kein totes Ritual, sondern lebendige Aktionen, die auf die heutige Gefahr eines Atomkrieges hinweisen. Die Bundesregierung wurde in vielen Aufrufen und Redebeiträgen zur Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags aufgefordert. Noch im Herbst sollen die ersten 100.000 Unterschriften der Petition [HYPERLINK „https://weact.campact.de/petitions/unterzeichnen-sie-das-un-atomwaffenverbot“](https://weact.campact.de/petitions/unterzeichnen-sie-das-un-atomwaffenverbot) <https://weact.campact.de/petitions/unterzeichnen-sie-das-un-atomwaffenverbot> an die Bundesregierung übergeben werden.

In Hiroshimas Partnerstadt Hannover fanden im Gedenkhain mit seinen 110 Kirschbäumen Gedenkveranstaltungen statt. In Bremen wurde erstmals die Flagge der „Mayors for Peace“ am Rathaus gehisst. Vor der Kreuzkirche in Dresden hielten Friedensaktivisten eine mehrtägige Mahnwache ab. Erfreulich in diesem Jahr war auch das Engagement von Greenpeace, mit einem Ballonflug am Atomwaffenstandort Büchel und zahlreichen nächtlichen Mahnwachen vor allem von jungen Menschen. Zehn Tage erinnerte eine bundesweite Plakatkampagne auf Großflächen an das Grauen, den atomaren Wahnsinn und die Unmenschlichkeit des Krieges, organisiert vom Netzwerk Friedenskoooperative.

Corona hat weltweit die Verletzbarkeit der Menschheit vor Augen geführt. Die Weltuntergangsuhr steht 2020 auf 100 Sekunden vor 12! Dieses weltweite Projekt von renommierten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen warnt: Wir sind dem Weltuntergang so nah wie noch nie zuvor. Die Ursachen für diese bedrohliche Situation sind Atomwaffen und Klimaerhitzung. Gemeinsames Handeln bleibt (über-)lebensnotwendig.

Anne Asseln-Biermann & Ekkehard Lentz, aktiv im Bremer Friedensforum

+++ engagiert für den Frieden +++

-Anzeige-

ANTIKRIEGSTAG 2020
IN BREMEN



Gute Adressen für die Friedensbewegung:
www.bremerfriedensforum.de
www.facebook.com/bremerfriedensforum
www.instagram.com/bremer_friedensforum
<https://twitter.com/ekkehardlentz1>

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Bärbel Schindler-Saefkow Berlin · Laura von Wimmersperg Berlin · Winfried Wolf Michendorf. Verantwortlich für die Redaktion und im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.): Winfried Wolf. Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · Antikriegsforum Ludwigshafen · AG Frieden Trier · bundesweite Attac-AG Globalisierung & Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario Berlin · Willi Hoffmeister Sprecher des Ostermarsches Ruhr · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Kampagne Krieg beginnt hier · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden & Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Parteivorstand)

Gestaltung & Layout Joachim Römer

Redaktions- & Vertriebsadressen

Postanschrift BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf

E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de

Fax 030-227 76 179 · Tel. 030 - 22 77 3179

(MdB-Büro H. Hänsel)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Kosten:

von 1 bis 99 Ex = 25 Cent je Exemplar

ab 100 Ex = 15 Cent je Exemplar

Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Kostenbeiträge durch Friedens-Initiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66 BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881

Aufrüstung & Militarisation im Schatten der Corona-Pandemie



In den Zeiten von Krise und Epidemie sollte man meinen, dass die Rüstungsausgaben stagnieren oder rückläufig sind, oder?

Das Gegenteil trifft zu. Nahezu zeitgleich mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie knallten die Champagnerkorken bei der Rüstungs-Lobby. Die weltweiten Militärausgaben wurden 2019 auf ungläubliche 1.917.000.000.000 US-Dollar (USD) gesteigert. Selten zuvor wurde Menschen in aller Welt derart klar vor Augen geführt, dass forcierte Ausgaben für Rüstung und fehlende Gelder im Gesundheitsbereich zwei Seiten einer Medaille sind.

Wie stellt sich die Situation für Deutschland dar?

Hier verlief es besonders negativ. Im weltweiten SIPRI-Vergleich stieg Deutschland gleich um zwei Plätze – von Rang 9 auf 7. Mit Ausgaben in Höhe von 49,3 USD steigerte die Große Koalition von CDU, CSU und SPD das Volumen der Militärausgaben in nur einem Jahr um zehn Prozent, berechnet auf den Zehnjahres-Zeitraum von 2010 bis 2019 gar um 15 Prozent. Vergleichbar wüst sind die Werte beim Waffenhandel. Laut SIPRI wurde der deutsche Exportwert für Großwaffensysteme (Kampfflugzeuge, Militärhelikopter, Kriegsschiffe, Kampfpanzer etc.) im Zeitraum von 2015 bis 2019 (im Vergleich zu 2010 bis 2014) um 17 Prozent gesteigert. Auch hier der Vergleich: Weltweit wurde das Volumen um fünf Prozent angehoben.

Die Hauptempfänger deutscher Waffen sind der EU- und Nato-Partner Ungarn (mit rund 1,77 Milliarden Eurodeutsche Rüstungsexporte), Ägypten mit 802 Millionen Euro und die USA mit 483 Millionen Euro (Stand Dezember 2019). Ungarn erhält umfassend Kriegswaffen trotz seiner rechtswidrigen Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge. Die ägyptische Militärregierung wird mit Kriegswaffen hochgerüstet trotz seiner Beteiligung an schweren Menschenrechtsverletzungen im Jemen-Krieg.

Gibt es konkrete Namen der deutschen Rüstungsexporteure?

Das aktuelle SIPRI-Ranking der TOP 100 der Rüstungsexportierenden Unternehmen für Großwaffensysteme verzeichnet vier rein deutsche Unternehmen: Rheinmetall auf Platz 22 (im Vorjahr 26), Krauss-Maffei Wegmann auf Platz 55 (im Vorjahr 58), sowie ThyssenKrupp und Hensoldt. Zu ergänzen sind Unternehmen mit starker deutscher Beteiligung, wie die Airbus Group auf Platz 7 und die Airbus-Beteiligungsgesellschaft MBDA auf Platz 23.

Der führende deutsche Großwaffenproduzent Rheinmetall steigerte seine Rüstungsexporte gegenüber 2018 um 4,1 Prozent (von 3,65 Mrd. auf 3,8 Mrd. USD). Die Rheinmetall-Rüstungsparte konnte Zuwächse vermelden beim Operativen Ergebnis von 254 auf 343 Millionen Euro, beim Umsatz von 3,2 auf 3,5 Milliarden Euro und beim Auftragsbestand von 8,5 auf 10,4 Milliarden Euro (von 2018 auf 2019). Am 19. Mai 2020 verkündete die Rheinmetall AG eine Dividendenerhöhung auf den Rekordwert (von vormals 2,10 Euro) auf 2,40 Euro pro Aktie. Doch Waffengeschäfte, die für Aktionärinnen und Aktionäre profitabel sind, enden für die Zivilbevölkerung in Kriegsgebieten oft tödlich – so die Saudi-Arabien-Deals von Rheinmetall-

Beteiligungsgesellschaften.

Wird beim Blick auf die Exporte von Großwaffensystemen nicht oft die Bedeutung der sogenannten Kleinwaffen im Rüstungsbusiness übersehen?

Auch beim führenden deutsche Hersteller und Exporteur von Kleinwaffen herrscht derzeit eine gute Stimmung. Laut Pressemitteilung vom Mai ist Heckler & Koch (H&K) „zurück in der Gewinnzone“. Der Umsatz stieg 2019 gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent. Das operative Ergebnis vor Steuern war um beachtliche 63 Prozent höher als im Vorjahr. Die Auftragsbücher sind prall gefüllt. Neben den französischen Streitkräften werden 2020 das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr sowie die Marine-Spezialkräfte das neue Sturmgewehr vom Typ HK 416 A7 erhalten. Der Ausblick für 2020 sei – so die H&K-Geschäftsführung – „trotz der Corona-Pandemie verhalten optimistisch“.

Bei den Hauptversammlungen stelle sich das Unternehmen „der Debatte mit seinen Aktionären, insbesondere den ‚kritischen Aktionären‘:“ Ein „weiterer Faktor für den positiven Trend“ sei „die ‚Grüne-Länder-Strategie‘“. Gemäß dieser Strategie exportiere H&K fortan ausschließlich Waffen an NATO-Staaten, NATO-assoziierte Staaten und EU-Staaten. Bei H&K gilt als selbstgesetzte Vorgabe: Waffenexporte müssten „ethisch vertretbar“, auch unter Berücksichtigung der „Menschenrechtslage im Empfängerland“. Die Realität sieht oft anders aus: Der NATO-Partner USA führt mit Kleinwaffen vom Oberndorfer Lindenhof völkerrechtswidrige Kriege – um nur ein Beispiel zu nennen.

Sollte H&K tatsächlich ethische Grundsätze bei Rüstungsexporten zur Grundlage erheben, dann müsste das Unternehmen die Revision beim Bundesgerichtshof gegen das Mexiko-Urteil aufgrund meiner Strafanzeige sofort zurückziehen und die 3,7 Millionen Euro Strafe klaglos zahlen. Denn Umsätze und Gewinne aus dem illegalen G36-Mexiko-Deal wurden höchst unethisch erwirtschaftet. Zahlreiche Menschen verloren und verlieren in den widerrechtlich belieferten vier mexikanischen -Anzeige-

Ohne Frieden ist alles nichts

Sahra Wagenknecht

An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisation vorantreibt, ... werden wir uns nicht beteiligen“ – diese Position ist im Programm der LINKEN festgeschrieben. Wie aktuell sie ist, zeigt sich gerade: Unberührt hält die Bundesregierung trotz immenser Herausforderungen durch Corona am NATO-Aufrüstungskurs fest. Dabei müsste man dringend abrüsten, auch um weitere Mittel für die Bewältigung der Covid-Pandemie freizusetzen. Statt Soldaten müsste man Ärzte in andere Länder schicken und die Bundeswehr wieder auf ihre ursprüngliche Aufgabe der Landesverteidigung zurückführen.

Die Umwandlung der Bundeswehr von einer Verteidigungs- in eine Interventionsarmee sorgt nicht für mehr Sicherheit, im Gegenteil. Die Gefahr, die uns durch islamistischen und rechtsextremen Terror droht, hat seitdem zugenommen. Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet im Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr – einer Spezialeinheit, die Mitte der 90er Jahre für neue Einsätze im Ausland geschaffen wurde – einige Nazis jahrelang ihr Unwesen treiben und unbemerkt 85.000 Schuss Munition und 62 Kilogramm Sprengstoff entwenden konnten.

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Aufrüstung, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Waffenexporte in die Türkei oder NATO-Großmanöver an der russischen Außengrenze sind kein Zeugnis für „Regierungsfähigkeit“, sondern Irrsinn. Mit dieser Meinung stehen wir nicht allein: Eine Mehrheit lehnt höhere Rüstungsausgaben ab, möchte Frieden mit Russland und einen Abzug von US-Truppen und -Atomwaffen. Allein der geschätzte Kaufpreis für F-18-Atomwaffen, die die Bundesregierung bestellen möchte, würde reichen, um über 100.000 Pflegekräfte zwei Jahre lang zu finanzieren. Wir brauchen unser Steuergeld für den Ausbau des Gesundheitswesens, nicht für Waffen! Lasst uns gemeinsam gegen Aufrüstung, Waffenexporte und für einen Abzug der US-Atomwaffen kämpfen!

Sahra Wagenknecht ist ehemalige Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Unruheprovinzen ihr Leben aufgrund dieses moralisch verwerflichen G36-Waffengeschäftes.

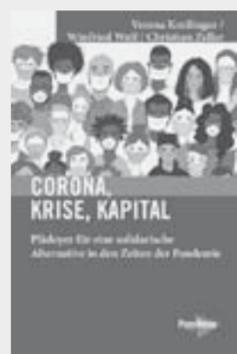
Was sind hier die Aufgaben der Friedensbewegung?

Lasst uns die Strafanzeigen des ECCHR (European Center for Constitutional and Human Rights) und von Linken unterstützen, die die Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen und Morden durch Rüstungsexporte juristisch angehen. Lasst uns den Offenen Brief u.a. von Greenpeace und der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ unterstützen, die nachdrücklich einen Stopp aller Kriegswaffenexporte der Jemen-Kriegsallianz fordern. Lasst uns mit dem GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE weltweit aufzeigen, wohin grenzenlos Waffen exportiert werden. Und lasst uns den Tätern Name und Gesicht und den Opfern eine Stimme geben. Lasst uns vor den Werktoeren skrupelloser Waffenschmiedern blockieren und vor Bundestag und Bundeskanzleramt demonstrieren gegen die Machenschaften der Rüstungsexport- und Kriegslobbyisten. Und lasst uns die Chance nutzen, die sich mit einer breiten gesellschaftlichen Diskussion gerade in der Zeit der Corona-Krise eröffnet. „Unser Feind ist ein Virus. Sind die Rüstungspläne der Bundeswehr noch sinnvoll und bezahlbar? Linke, Grüne und der SPD-Fraktionschef bezweifeln es“, titelte die Süddeutsche Zeitung. Die Friedensbewegung bezweifelt es schon lange. Was wir brauchen sind Medikamente und Abrüstung, nicht Militarisation und Aufrüstung durch neue Kampfflugzeuge. „Abrüsten statt Aufrüsten“ fordert unsere Kampagne.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD), Mitbegründer der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch (KA H&K) und Vorsitzender des Rüstungs-InformationsBüros (RIB e.V.). Zuletzt initiierte Grässlin beim RIB e.V. das GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (GN-STAT) als ein weltweites Netzwerk gegen Waffenhandel, das Rüstungsexportskandale recherchiert und in mehreren Weltsprachen publiziert.

Weitere Informationen: www.dfg-vk.de, www.gn-stat.org, www.rib-ev.de, www.aufschrei-waffenhandel.de, www.juergengraesslin.com, <http://www.kritischeaktionaere.de/> und <https://abruesten.jetzt/>

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



**Verena Kreiling
Winfried Wolf
Christian Zeller**

**Corona,
Krise, Kapital**

Plädoyer für eine solidarische Alternative in den Zeiten der Pandemie

277 Seiten | € 17,90
ISBN 978-3-89438-739-6

Eine Pandemie verstärkt die wirtschaftliche Rezession zur weltweiten Depression. Vom Staat beschirmt, stehen die Interessen der Wirtschaft vor dem Schutz der Menschen. Konkret: Profit before people. Es kommt aber darauf an, den Gesundheitssektor gesellschaftlichen Bedürfnissen anzupassen und die Ökonomie solidarisch und ökologisch umzubauen.



Conrad Schuhler

**Wie weit noch
bis zum Krieg?**

Die USA, China, die EU und der Weltfrieden

143 Seiten | € 12,90
ISBN 978-3-89438-727-3

Bedroht Chinas Entwicklung den Westen? Fördert die »Neue Seidenstraße« eine gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit? Werden die USA zur Sicherung ihres globalen Führungsanspruchs ihre militärische Überlegenheit einsetzen? Welche Chancen gibt es für eine friedliche Entwicklung?

Friedenspolitik im Einklang mit der Volksmehrheit:

Das Verhältnis zu Russland, Schicksalsfrage Europas

Peter Brandt

Das Ringen um die Welt-hegemonie wird künftig zwischen den längerfristig absteigenden USA und der rasant aufsteigenden neuen Supermacht China ausgetragen werden. Für Europa ist weiterhin drängender, weil unmittelbar bedrohlich, die Rivalität zwischen den USA sowie der von ihnen geführten NATO einerseits und Russland andererseits.

Aus russischer Sicht ist die NATO nach der Jahrtausendwende von der Elbe bis an den Bug und weiter vorgerückt. Dass die Ostausdehnung des westlichen Bündnisses von den Regierungen und wohl auch von der Mehrheit der Menschen in den Staaten Ostmitteleuropas und Südosteuropas im Hinblick auf ihre historischen Erfahrungen gewünscht war, ändert an dieser Feststellung nichts – unabhängig davon, in welcher Form und mit welcher Verbindlichkeit 1990 die Begrenzung dieses Vorgangs auf Ostdeutschland zugesagt worden war.

Die geostrategische Verschiebung und der (anders als bis 1990) gerade im konventionellen Bereich inzwischen gegebene, quantitative wie qualitative Vorsprung der NATO nötigt die Russische Föderation nahezu, den Ausgleich durch eine verstärkte atomare Rüstung zu suchen, jedenfalls im Rahmen der



immer noch dominierenden sicherheitspolitischen Logik. Die damit angedeutete Konstellation erklärt manche destruktiven Aspekte auch der Außenpolitik Russlands wie das Gegeneinander-Ausspielen von EU-Mitgliedstaaten besser als die nach wie vor vorhandenen autoritären Elemente des dortigen internen politischen Systems.

Der einzige wirkliche Abrüstungsvertrag, der INF-Vertrag von 1987, der mit den atomaren Mittelstreckenraketen eine ganze Waffengattung aus Europa entfernt hatte, ist inzwischen beiderseits zur Makulatur gemacht und von den USA formell gekündigt worden. Es

droht auf dem Alten Kontinent eine Erneuerung des Wettrüstens, eine Perspektive, die besonders bedrohlich ist, weil sich – wie im Innern der Ukraine – schnell ungelöste ethnisch-kulturelle Konflikte mit der neuen Ost-West-Konfrontation verbinden können. Neben den Gefahren, die vom künftig möglichen Cyber-Krieg ausgehen, und dem Einsatz modernster Technologien im geplanten konventionellen Kampfgeschehen geht die Entwicklung von Atomwaffen weiter: Überschall-Trägerraketen, „kleine“ Atomwaffen, die die Hemmschwelle beim Einsatz senken, und Abfangsysteme, z. B. mit Tarnkapfen-Drohnen.

Nicht zuletzt werfen die Fortschritte in der Gentechnik die Frage der biologischen Waffen neu auf.

Der möglicherweise wichtigste Grundgedanke, der dem schrittweisen Übergang zur Entspannungspolitik nach der Kuba-Krise vom Oktober 1962 zugrunde lag, besagte: Man muss sich in den jeweiligen Kontrahenten hineinversetzen, seine Wahrnehmung der Konfliktlagen in der Welt nachvollziehen – nicht um sie einfach zu übernehmen, sondern um zu verstehen, warum er so denkt, wie er denkt, aus seiner Bedrohungsperzeption so handelt, wie er handelt. Diese psychologische Grundvoraussetzung, die ja auch bei persönlichen bzw. privaten Auseinandersetzungen den Schlüssel zur Verständigung liefert, ist im Verhältnis des Westens zu Russland sträflich missachtet worden.

Dabei schien mit der Charta von Paris vom 21. November 1990 die Tür zu einer Ära des Friedens, der Abrüstung und Zusammenarbeit jenseits der Blockkonfrontation geöffnet worden zu sein. Die Formel Michail Gorbatschows vom „Gemeinsamen Haus Europa“ schien für einen kurzen historischen Moment Wirklichkeit zu werden.

Hier gilt es wieder anzuknüpfen. Es geht angesichts der existenziellen globalen Gefahren für die Menschheit – Stichworte sind der Klimawandel und andere Umweltkatastrophen, zerfallende Staaten, die Fluchtwellen mit inzwischen rund 80 Millionen direkt Betroffener und namentlich die diversen regionalen Kriege, Bürgerkriege und militärischen Zuspitzungen – nicht darum, Europa als eine Insel der Seligen zu imaginieren, die sich vom Unheil im Rest der Welt gänzlich abkoppelt. Eine solche Utopie, ob wünschenswert oder nicht, wäre unrealistisch.

Die nördliche Hemisphäre (mit einem oder ohne ein nicht erst in den letzten Jahren mehr über den Pazifik als über den Atlantik blickendes Nordamerika) könnte

und müsste aber ein Beispiel setzen für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten, für gemeinsame Sicherheit und eine immer engere Kooperation sowie unterschiedliche Formen und Dichtegrade von Integration. Eine solche, sich der bestehenden Institutionen wie der OSZE, des Europarats und der EU sowie der Eurasischen Wirtschaftsunion bedienende und diese weiterentwickelnde Struktur würde partizipatorische und sozialemantipatorische Tendenzen im Innern der Staaten, auch im östlichen Europa einschließlich Russlands, ermutigen und stärken; sie würden nicht mehr so leicht einem äußeren Gegner zugerechnet werden können. Offenkundig wären die ökonomischen Vorteile eines solchen institutionalisierten paneuropäischen Zusammenwirkens, handelt es sich bei der EU und Russland doch geradezu um komplementäre Wirtschaftszonen.

So wie die westdeutsche Bundesrepublik Anfang der 1970er Jahre, beginnend mit dem Moskauer Vertrag vom 12. August 1970, eine ganz wesentliche Rolle bei der Einleitung der Entspannung zwischen den politisch-militärischen Blöcken spielte und nach 1990 lange bemüht war, die erneute Verschärfung zwischen dem Westen und Russland zu verhindern oder wenigstens abzumildern, so kommt heute der gesamtdeutschen Bundesrepublik eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung dieses Verhältnisses zu. Eine nach der nächsten Bundestagswahl zu bildende neue Regierung, die auf diesem zentralen Feld deutscher Sicherheits- und Außenpolitik den Mut zu einem Neuanfang aufbrächte, befände sich weitaus mehr im Einklang mit der Volksmehrheit als es den Atlantikern in den Medien und unter den professionellen Politikern lieb wäre.

Peter Brandt ist Historiker, Professor im Ruhestand und Mitherausgeber des 2019 erschienenen Buchs „Frieden! Jetzt! Überall! Ein Aufruf“

80 Prozent der Bevölkerung benötigen humanitäre Hilfe

Jemen – Geschäft mit dem Elend

Wiebke Diehl

Die humanitäre Krise im Jemen sei „nie schlimmer“ gewesen, warnte der UN-Sondergesandte für den Jemen, Martin Griffiths, Mitte Juli vor dem UN-Sicherheitsrat. Die Lebensmittelpreise seien bei einem gleichzeitigen massiven Wertverlust der Landeswährung stark angestiegen. Vor allem aber käme die „internationale Gemeinschaft“ den von ihr eingegangenen Zahlungsverpflichtungen für humanitäre Hilfen nicht nach – insbesondere die Golfstaaten, die versuchen, sich von ihrer Schuld als maßgebliche Verursacher der Katastrophe „freizukaufen“, indem sie zumindest auf dem Papier größte Finanziers humanitärer Hilfe im Jemen sind.

Ebenfalls vor dem UN-Sicherheitsrat klagte der Leiter des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, Marc Lowcock, nur 18 Prozent der für das Jahr 2020 benötigten Gelder seien bislang geflossen. Man habe darum die Rationen für acht Millionen der 13 Millionen zu versorgenden Jemeniten halbieren müssen. Weitere Kürzungen seien unvermeidlich.

Schon über fünf Jahre dauert der Krieg gegen den Jemen und seine Zivilbevölkerung nunmehr an. Nicht zuletzt, weil das Armenhaus der arabischen Welt zugleich von großer geostrategischer Bedeutung

ist: Bereits in der Antike war das Land ein wichtiges Handelszentrum. Heute geht es vor allem um die Kontrolle der Bab al-Mandab-Meerenge, die für den Transport von Öl und anderen Waren unverzichtbar ist, denn sie verbindet den Golf von Aden und damit das Arabische Meer und den Indischen Ozean mit dem Roten Meer und über den Suezkanal mit dem Mittelmeer. Sie wäre die einzige Ausweichmöglichkeit, sollte der Iran in Reaktion auf die fortwährenden Provokationen Washingtons die Straße von Hormus für den Transport von Rohstoffen sperren.

Für Saudi-Arabien, das im März 2015 von einem schon damals nicht mehr demokratisch legitimierten „Präsidenten“ Abed Rabbo Mansur Hadi zur Hilfe gegen die vorrückenden Ansarollah („Huthis“) gerufen wurde, geht es jedoch noch um etwas anderes: Jahrzehntlang bestimmte die Monarchie maßgeblich die Geschicke des Nachbarlandes, flankiert von einer aggressiven wahhabitischen Missionierungskampagne. Der bereits 2004 dagegen begonnene Aufstand unter Hussein Badreddin al-Huthi, den die saudische Führung schon vor dem aktuellen Krieg sechsmal niederschlagen versuchte, hatte zudem die Rückgabe der 1934 von Saudi-Arabien annektierten jemenitischen Provinzen Asir, Dschasan und Nadschran zum Ziel. Derweil unter-

stützen die Vereinigten Arabischen Emirate als zweiter Hauptprotagonist der Koalition vor allem das Ziel, die Häfen des Landes zu kontrollieren. Die VAR fördern die Separatisten sowie radikale Milizen in Aden.

Der Westen schaut nicht einfach nur zu. Schon 2015 hat sich der UN-Sicherheitsrat mit Resolution 2216 unmissverständlich auf die Seite der Militärkoalition geschlagen. Im Juni haben die Vereinten Nationen diese trotz fortwährender Angriffe auf Zivilisten und Krankenhäuser von ihrer Schwarzen Liste derjenigen Staaten und Gruppen genommen, die sich der Gewalt gegen Kinder schuldig gemacht haben. Ohne westliche – darunter deutsche – Rüstungsexporte an die Kriegstreiberstaaten im Golf wären der Krieg und die Vollblockade des Landes, durch die 80 Prozent der Jemeniten auf humanitäre Hilfsleistungen angewiesen sind, zumindest in der derzeitigen Intensität nicht möglich. Folgerichtig könnten laut einer von den VN eingesetzten Expertenkommission auch Rüstungsgüter exportierende Staaten wegen Beihilfe zu Völkerrechtsverstößen und Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen werden.

Wiebke Diehl hat Islam- und Politikwissenschaft in Berlin und Damaskus studiert. Sie arbeitet als freie Journalistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag

+++ aktiv gegen krieg +++

Aktionskonferenz der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten – Abrüstung und Entspannung in Europa: Schlüsselrolle für Transformation“

Die begonnene politische Debatte über die höheren Militärausgaben für die NATO, eine europäische Aufrüstung und die Ausstattung der Bundeswehr nimmt allmählich Fahrt auf. Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge für den Einsatz der in Büchel lagernden Atomwaffen, die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen und die 10 Milliarden Euro, die schon im Corona-Nothilfepaket für die schnellere Beschaffung von Militärgerät eingeplant sind, zeigen den Trend. Die bereits jetzt diskutierte Marke von über 50 Milliarden für den Verteidigungsetat 2021 verdeutlicht, was die Bundesregierung plant. Die Debatte über die „Atomare Teilhabe“ und die Beschaffung neuer atomarer Waffen, die die in Büchel lagernden ersetzen und qualitativ für die neuen militärischen Optionen bereitgestellt werden sollen, aber auch die Chancen auf eine reale Veränderung in der Aufrüstungsfrage werden in Frankfurt Thema sein. Es soll über Abrüsten als Teil des Transformationsprozesses diskutiert werden. Dabei geht es um die Entwicklung einer neuen Entspannungspolitik als politische Notwendigkeit für eine Friedenspolitik. Der Arbeitsausschuss der Initiative weist darauf hin, dass eine sozial-ökologische Transformation ohne Frieden und Abrüstung nicht möglich und ebenso, dass Transformation die Voraussetzung für Frieden ist. In Frankfurt sollen Überlegungen für Aktionen im Herbst im Zusammenhang mit den Haushaltsdebatten, aber auch für das Wahljahr 2021 und eine europäische Kooperation vereinbart werden. Bei dieser Aktionskonferenz sollen Aktivistinnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen neue Impulse für Abrüstung vorstellen. Mit Aktivistinnen aktueller Bewegungen (FF, BLM, #seebrücke, ...) soll überlegt werden, welche Schnittmengen sich inhaltlich mit der Friedensfrage ergeben und gemeinsame Aktionen ermöglichen.

Termin: Sonntag, 11. Oktober 2020 im Frankfurter Gewerkschaftshaus. Anmeldung (Corona bedingt) erforderlich: frieden-und-zukunft@t-online.de Willi von Oyen

+++ engagiert für den friedem +++

Zum 95. Geburtstag des griechischen Komponisten und Friedenskämpfers Mikis Theodorakis



Foto: Theodorakis und Chor am 8.Mai 1988 im Tübinger Uni-2. Festsaal

„Die Zeit ist für die Lieder und gegen die Panzer“

Henning Zierock

So lautet der Titel des Films über das historische Konzert, das Mikis Theodorakis nach der Rückkehr aus dem französischen Exil am 10. Oktober 1974 im Stadion von Piräus vor 40.000 Menschen gab. Kurz nach dem Sturz der griechischen Militärjunta wurde das Konzert zu einer ekstatischen Feier der Freiheit – Eleftheria!

Nun konnten die Griechinnen und Griechen endlich öffentlich seine Volkslieder singen, die Ausdruck des Widerstands gegen Faschismus und Diktatur geworden waren. Von der Militärjunta war das Singen und Hören der Lieder von Theodorakis per Armeebefehl Nr.13 verboten worden. Das Verbot machte den jungen Komponisten, der in Paris klassische Musik studierte, international bekannt. Seine Lieder werden seither weltweit als Zeichen der Solidarität gegen Faschismus, Diktatur Unterdrückung und Krieg aufgeführt.

Theodorakis hat Folter, Gefängnis, Verbannung und Exil überlebt. Er verkörpert damit die Geschichte

Griechenlands als unerbittlicher und kompromissloser Widerstandskämpfer in Zeiten des von den deutschen Nazis besetzten Griechenlands, des Bürgerkriegs und der Militärdiktatur. Gemeinsam mit dem großen Widerstandskämpfer Manolis Glezos, der dieses Jahr gestorben ist, protestierte er 2015 gegen die soziale Kahlschlagpolitik der EU. Das Komponieren war für Theodorakis selbst „Überlebensmittel“ inmitten der Barbarei.

Theodorakis trat das Erbe des linken Politikers und Friedensaktivisten Grigoris Lambrakis an, der 1963 in Saloniki durch Rechtsradikale ermordet worden war. Er war der erste Vorsitzende der *Lambra-kis-Jugend*. Dies verband ihn zeit lebens auch mit der internationalen Friedensbewegung. Er beteiligte sich an „KünstlerInnen für den Frieden“ und unterschrieb 1983 den „Krefelder Appell“ gegen den NATO-Doppelbeschluss (Foto). Immer wieder mahnte er die Überwindung der „Kriegsindustrie“ durch eine „Friedensindustrie“ an. Als Friedensbotschafter traf er u.a. Salvador Allende, Fidel Castro, Che

Guevara, Yassir Arafat, Olof Palme, Willy Brandt. Gemeinsam mit dem türkischen Musiker Zülfü Livaneli ging er auf Konzerttournee für die türkisch-griechische Freundschaft.

Sein musikalisches Werk umfasst mehr als 1000 Lieder, Filmmusik, Sinfonien und Opern. Er vertonte griechische Lyriker wie Jannis Ritsos, Giorgos Seferis und Odysseas Elytis und machte sie so einem breiten Publikum zugänglich. Seine Musik war immer auch Hoffnungsträger für die unterdrückten Völker. Die Musik für den Film „Alexis Sorbas“, mit dem legendären Syrtaki, getanzt von Anthony Quinn, ist ein reines Fest des Lebens.

Vor über 40 Jahren hörte ich zum ersten Mal fasziniert Lieder von Theodorakis. 1977 sprach ich ihn bei einem Konzert in Stuttgart auf die Noten des damals neu vertonten Werkes „Canto General“ des Chilenen Pablo Neruda an. Es folgte die Gründung des in Tübingen beheimateten Theodorakis-Chores, die uns bis nach Chile und Kolumbien führte. Theodorakis war am 8. Mai 1988 einer der Mitinitiatoren der *Gesellschaft Kultur des Friedens*

in Tübingen, neben zahlreichen Persönlichkeiten wie Tschingis Aitmatow, Robert Jungk, Christa Wolf, Karola Bloch, Hans-Peter Dürr, Walter Jens und die Friedensbewegung. Kurz darauf führten wir die Mauthausen-Kantate von Theodorakis mit Versen des KZ-Überlebenden Iakovos Kambanelis im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen auf. Diese Kantate begleitet uns bis heute als Mahnung, gegen Faschismus und Krieg aufzustehen. Sie wird mittlerweile auch interpretiert von Konstantin Wecker, mit dem wir gemeinsam Theodorakis in seiner Athener Wohnung besuchten. Mit einem griechisch-türkisch-

deutschen Chorprojekt unterstützen wir die griechisch-türkische Friedensinitiative. Aktuell lernen Geflüchtete auf der griechischen Insel Lesbos im Rahmen einer von uns gegründeten Musikschule in Flüchtlingslagern die Lieder von Theodorakis. Mikis Theodorakis ist zu einem lebenden „Weltkulturerbe“ geworden. Er feierte am 29. Juli seinen 95. Geburtstag – chronia polla Mikis!

Henning Zierock, Tübingen; Theodorakis-Chor und Gesellschaft Kultur des Friedens
Mehr Informationen unter: www.kulturdiesfriedens.de

+++ aktiv gegen krieg +++

Aufruf aus der Friedensbewegung an die LINKE

Das Redaktionsnetzwerk Deutschland zitiert aus einem Interview des Deutschlandfunks den Ko-Fraktionsvorsitzenden der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Dietmar Bartsch. Seine Äußerungen zur Außenpolitik bereiten uns – Menschen aus der deutschen Friedensbewegung – große Sorgen um die letzte im Parlament vertretene Partei mit friedenspolitisch konsequenter Programmatik. In dem Interview geht es um die NATO-Orientierung der deutschen Außenpolitik. [...] Statt gegen die brandgefährliche NATO-Politik vorzugehen, erklärt Dietmar Bartsch in der Absicht, mit den Parteien, die die NATO-Politik mittragen, in eine Koalition gehen zu können, man sei „am Ende des Tages (...) auch auf diesem Feld regierungsfähig“. [...] Auch in der Frage der Auslandseinsätze der Bundeswehr erklärte Dietmar Bartsch eine sogenannte Diskussionsfähigkeit seiner Partei. [...] Es sei „absurd“, anzunehmen, Linke würden sich an dem Tag, an dem ihre Partei Regierungsverantwortung übernehme „in die Flugzeuge setzen und die Jungs zurückholen“. Mit anderen Worten: Einsätze der Bundeswehr, die zur Destabilisierung ganzer Weltregionen und zu unsäglichem Leid sowie letztlich zu einer Zuspitzung von Fluchtursachen und Flüchtlingstragödien führen, sind für Mitglieder der Führungsspitze der Bundestagsfraktion der LINKEN (zukünftig) zustimmungsfähig.

Diese Politik, die im Gegensatz zum Programm der LINKEN steht, darf nicht in die Realität umgesetzt werden. Sie dient nicht dem Frieden und widerspricht den Interessen der Menschen in den Kriegsgebieten und auch in unserem Land.

* <https://www.rnd.de/politik/linke-nicht-regierungsfahig-bartsch-findet-kritik-abstrus-und-weist-zurueckT3AWZS3HTLYUZLLLHCGWRM5YME.html>
** https://www.deutschlandfunk.de/dietmar-bartsch-die-linke-wir-befreien-die-sozialdemokraten.868.de.html?dram:article_id=482431

Den Appell unterzeichnete ein breites Spektrum von Personen und Gruppen aus der Friedensbewegung (darunter die ZgK-Machenden), siehe: www.frieden-links.de

+++ engagiert für den frieden +++

auch für Rechtsradikale weiter voran.

Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie verdeutlicht die Herausforderung, vor denen die Friedensbewegung steht.

All das ist um einen Punkt zu ergänzen: Es besteht die Gefahr, dass die friedenspolitischen Positionen der Partei DIE LINKE aufgeweicht werden. (siehe Kasten auf dieser Seite). Dies betrifft die Friedensbewegung insgesamt. Durch eine Veränderung der Positionen der Linken würden sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Friedensbewegung weiter verschlechtern. Die Zusammenarbeit mit dem wichtigsten parlamentarischen Partner wäre in Frage gestellt.

Die Friedensbewegung muss die Straßen und Plätze wieder erobern. Der Protest gegen die wahnwitzige Aufrüstung, die Konfrontations- und Kriegspolitik muss wieder öffentlichkeitswirksam artikuliert werden. Die Aktionen zum 1. September zeigen den Weg. Die Proteste in Unterlüß und die Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ Ende September können ein guter Auftakt für größere Herbstaktionen sein. Der neue Rüstungsetat mit einer

erneuten Erhöhung um rund drei Prozent sollte nicht widerspruchlos hingenommen werden. Gemeinsam mit der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“ muss intensiv diskutiert werden, ob wir uns Aktionen zum Rüstungshaushalt z.B. in Berlin zutrauen. Meiner Meinung nach ist Mut und auch eine gewisse politische Risikobereitschaft gefordert. Da liegt eine Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen nahe. Dies gilt auch für Aktionen gegen die Modernisierung der US-Atomwaffen. Die neue Kampagne zu einem atomwaffenfreien Europa ist hier ein guter Anknüpfungspunkt.

Es muss überlegt werden, wie neue, junge aktive Kräfte gewonnen werden können. Die Friedensfrage, die zurzeit nicht den gesellschaftlichen Stellenwert besitzt, der ihr angesichts der Gefahren zukommt, muss wieder stärker ins Bewusstsein aller Friedensbewegten gehoben werden. Dieser Herbst sollte ein neuer Anfang sein.

Reiner Braun, Mitglied des Arbeitsausschusses „abrüsten statt aufrüsten“ und der Kampagne Stopp Air Base Ramstein

Für einen Neuanfang

Gedanken zur Friedensbewegung im Corona-Herbst 2020

Reiner Braun

In den letzten Monaten hat sich politisch und gesellschaftlich vieles verändert. Selbst die traditionellen Ostermärsche konnten nicht auf der Straße stattfinden. Der traditionelle Friedensratschlag wird nicht stattfinden. Die Friedensbewegung hat „zoomen“ gelernt, der Protest auf der Straße unterblieb. Oder besser: Er musste unterbleiben.

Andere waren auf der Straße – ausgesprochen kontrovers und sicher kritikwürdig. Aber die Verteidigung der Demokratie gegen autoritäre Strukturen braucht Aktionen. Ob dazu ein individualistisches Freiheitsverständnis ausreicht, ohne das Einfordern von kollektiven sozialen Rechten, Arbeit und Transformation muss sicher verstärkt diskutiert werden. Das führt hoffentlich wieder zu mehr gesellschaftlichem Handeln.

Eines aber ist in diesen für uns alle einzigartigen Monaten geblieben. Ja, es ist noch stärker gewor-

den: der Militarismus nach innen und nach außen.

Das Ziel 2 Prozent des BIP für Rüstung und Militär steht weiter fest auf der politischen Agenda der übergroßen Mehrheit im Bundestag. Alle deutschen und europäischen Konjunktur-Corona-Programme beinhalten weiteres Geld für die Aufrüstung.

Nach einer Scheindebatte soll jetzt die Bewaffnung der Bundeswehr-Drohnen, die von Israel geleast wurden, im Herbst mit Stimmen der großen Koalition beschlossen werden. Deutschland versinkt damit noch tiefer in dem völkerrechtswidrigen Drohnensumpf.

Der Teilabzug von US-Truppen aus Deutschland entpuppt sich als Umgruppierung zum effektiveren Einsatz: nach Polen und zum NATO-Hauptquartier in Brüssel. (siehe S. 8) Die NATO-Russlandvereinbarung wird immer mehr zur Farce. US-Truppen stehen dauerhaft, wenn auch wechselnd in Po-

len, was eine eklatante Verletzung eines völkerrechtlichen Vertrages darstellt. Von Konversion redet nur die Friedensbewegung.

Die NATO holt alle Manöver, die Corona bedingt verkleinert werden mussten, im Jahr 2021 nach. Defender 2021 steht vor der Tür. Die nächste NATO-Provokation gegen Russland. Die USA und die NATO, deren Strategie den Ersteinsatz von Atomwaffen vorsieht, bereitet die Stationierung neuer strategischer Atomwaffen, B 61-12, in Europa und hier in Deutschland in Büchel vor. Für 8 Milliarden sollen dazu neue Atomwaffen tragende Kampfflugzeuge angeschafft werden. Der Verstoß gegen den NPT-Vertrag ist offensichtlich.

Die Konfrontation mit Russland ist praktizierte NATO-Politik. Sie wird unvermindert fortgesetzt.

Die innere Militarisierung schreitet durch die Pläne AKKs für den „Freiwilligen Wehrdienst Heimatschutz“ als weiteres Sammelbecken

Hilfe statt Auftritte von Kolonialherren

Gegen Sanktionen und Regime-Change-Auflagen im Libanon

Sevim Dagdelen

Nach der schweren Explosion im Hafen von Beirut mit mehr als 170 Toten und 6000 Verletzten braucht der Libanon dringend großangelegte internationale Hilfe in Milliardenhöhe für den Wiederaufbau. Die ökonomische Lage des Landes war schon vor der Katastrophe dramatisch. Das libanesische Pfund verliert massiv an Wert, die Inflation lässt weite Bevölkerungskreise verarmen. Mit verantwortlich für die ökonomischen Verheerungen sind unter anderem die einseitigen, völkerrechtswidrigen US-Sanktionen gegen das Nachbarland Syrien seit 2011, die sich über den sogenannten Caesar-Act auch gegen alle Dritten richten, die wie libanesische Unternehmen mit Syrien Handel treiben oder Bankgeschäfte tätigen. Nach dem Zerstörungswerk vom 4. August, bei dem 300.000 Menschen ihr Zuhause verloren haben, drohen dem Zedernstaat endgültig Staatsbankrott und vollständiger gesellschaftlicher Zusammenbruch.

Die Wut in der Bevölkerung ist groß und der Ruf nach einem demokratischen Neuanfang verständlich angesichts von Regierungsstellen, die über Jahre 2750 Tonnen Ammoniumnitrat, das als Düngemittel wie als Sprengstoff genutzt werden kann, im Hafen unsachgemäß lagern ließen und die nun Verantwortung hin und her



schieben, anstatt sich ihr zu stellen. Doch Regime-Change-Rufe, wie sie nun ausgerechnet aus Ländern der EU und den USA kommen oder von Umsturzpaten wie „Adopt a Revolution“, die schon seit Jahren

in Syrien als Terror-Unterstützungsorganisation zündeln, sind brandgefährlich.

Wie Kolonialherren sind Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, Bundesaußenminister Heiko Maas

und David Hale, der ehemalige US-Botschafter im Libanon, in den Tagen nach der Explosion durch die Ruinen Beiruts marschiert und haben nach „Reformen“ gerufen – ohne ihre Maxime allerdings zu konkretisieren. Auf einer Geberkonferenz wurden Soforthilfen in Höhe von 250 Millionen Euro beschlossen. Gebraucht werden Milliarden. Größere Unterstützung soll es aber nur geben, wenn der Libanon nach westlicher Pfeife tanzt. Schon im Mai war ein Hilfersuchen der libanesischen Regierung an den Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Krediten ohne die üblichen Zwangsaufgaben wie Strukturformen und Privatisierungen ausgerechnet von der früheren Mandatsmacht Frankreich im Verbund mit der Bundesregierung blockiert worden. Das Ziel liegt auf der Hand: Der Libanon soll endlich in die Front gegen die Regierung in Syrien eingegliedert und die verhasste Hisbollah dort kaltgestellt werden. Letztlich geht es darum, der Politik von Eindämmung und Einkreisung gegenüber dem Iran neuen Schub zu geben.

Wie gefordert, ist die Technokraten-Regierung des früheren Hochschulprofessors und Ingenieurs, Ministerpräsident Hassan Diab, zurückgetreten. Doch Neuwahlen im Libanon unter den gegebenen Wahlgesetzen dürften keine sonderlich anderen Mehrheiten im Parlament und in dem nach einem Proporz-System gebildeten Kabinett bringen. Klarzustellen ist auch: Bei einer Änderung des Wahlrechts und der Einführung des Verhältniswahlrechts würde allen voran die Hisbollah profitieren, die in der libanesischen Gesellschaft breite Verankerung findet, in der EU und in den USA aber als „Terrororganisation“ geächtet ist.

Neben internationaler Hilfe braucht es in Beirut nationale Verantwortung: Es ist zweifelsohne angebracht, die Multimillionäre und Multimilliardäre des Libanon wie die Familie des früheren Regierungschefs Saad Hariri durch eine Vermögensabgabe an der ökonomischen Stabilisierung und am Wiederaufbau des Landes zu beteiligen. Klar ist auch, die völkerrechtswidrige Sanktionspolitik der USA und der EU muss endlich beendet werden. Mit dem Libanon trifft sie ein Land, das über eine Million syrischer Flüchtlinge aufgenommen hat.

Sevim Dagdelen ist Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages

+++ aktiv gegen krieg +++

Guantánamo, die US-Militärbasis in Kuba seit 1903, und der Wirtschaftskrieg gegen Kuba

Die berühmte Militärbasis Guantánamo auf Kuba scheint strategisch nicht mehr von großer Bedeutung zu sein angesichts der Dichte der US-Standorte in der Region. Sie wurde bekannt durch Folterungen und die Nutzung als Gefangenenlager außerhalb jeglicher ziviler Rechtsstaatlichkeit – als solches ist es auch heute noch in Betrieb. Seit der kubanischen Revolution erkennt die Regierung in Havanna den in der Phase der kolonialen Befreiung erzwungenen Vertrag nicht an. Der Wirtschaftskrieg der USA gegen Kuba, vornehm als „Embargo“ bezeichnet, ist in Wirklichkeit eine umfassende finanzielle, wirtschaftliche und kommerzielle Blockade mit extraterritorialer Wirkung. Das heißt: Unternehmen und Banken in aller Welt, die sich nicht an die entsprechende US-Gesetzgebung halten, werden mit Millionen US-Dollar Strafzahlungen belegt, die sie dann auch meist tatsächlich zahlen wegen der befürchteten Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit mit den USA. Ziel ist es, die wirtschaftliche Entwicklung Kubas zu verhindern. Durch die unmittelbare Betroffenheit der Bevölkerung vom Mangel an Treibstoff, Nahrungsmitteln und Rohstoffen und vor dem Hintergrund des durch die Pandemie unterbrochenen Tourismus als Devisenbringer soll eine Stimmung im Volk erzeugt werden, die einen Systemwechsel ermöglicht. Dazu dienen auch neue verschärfende Maßnahmen der Trump-Regierung: Einschränkung der Überweisungen von Kubanern im Ausland an ihre Familien, Einfrieren von Bankkonten und kubanischen Vermögen in Drittländern, Verbot von Reisen nach Kuba etc. Ganz zu schweigen von der ideologischen medialen Offensive. „Wir müssen uns in einem Schlachtfeld positionieren, auf dem die feindliche Strategie klar ist: uns von verschiedenen Fronten aus anzugreifen...“ So der kubanische Staatspräsident Miguel Diaz-Canel am 16. Juli 2020. Unsere Aufgabe: Über die jährliche UN-Abstimmung gegen die Blockade hinaus Forderung nach tatsächlichem Widerstand seitens unserer und der europäischen politischen Institutionen! Angelika Becker, Vorsitzende des Netzwerks Cuba e.V.

+++ engagiert für den Frieden +++

Tür und Tor.

Was in Duma im April 2018 wirklich geschehen ist, bleibt offen. Die völkerrechtswidrigen „Vorab“-NATO-Vergeltungsschläge aber haben stattgefunden. Die Friedensbewegung muss sich für unabhängige Untersuchungen von möglichen Kriegsverbrechen einsetzen. Weder der Einsatz von Giftgas noch der

aus militärisch-taktischen Gründen inszenierte Einsatz von Giftgas darf ungestraft bleiben. Denn die Toten sind real und die dafür Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Heike Hänsel, MdB, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke

Offenen Fragen von Duma, Syrien

Kontroverse in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen

Heike Hänsel

Die Glaubwürdigkeit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) steht auf dem Spiel. Die OVCW ist eine unabhängige internationale Organisation, die durch die Vertragsstaaten der Chemiewaffenkonvention begründet wurde. Sie überwacht die Einhaltung und Umsetzung dieser Konvention. Bei der Aufklärung eines mutmaßlichen Kriegsverbrechens im syrischen Duma aber haben nun Whistleblower schwere Vorwürfe erhoben: Untersuchungsergebnisse seien auf Druck eines NATO-Staates manipuliert worden. Vor einem Gremium internationaler Experten und Expertinnen, darunter auch Mitglieder von IPPNW Deutschland, wurde bereits vergangenes Jahr umfangreiches Beweismaterial vorgestellt. Die Medienresonanz tendierte jedoch gegen Null.

Im Frühjahr 2018 war es in Duma, rund 30 Kilometer nordwestlich von Damaskus, zu Dutzenden Toten gekommen. Für die NATO war von Beginn an klar: Die syrische Luftwaffe habe am Abend des 7. April 2018 mehrere Zylinder mit Chlorgas über Wohngebieten abgeworfen. Geleakte Berichte und

Fotos zeigen allerdings, dass die Inspektoren der OVCW vor Ort keine gesicherten Hinweise dafür fanden, dass Gasbomben aus der Luft in Wohnhäuser eingeschlagen sind. Auch Dutzende Leichen vor Ort wiesen laut den Whistleblowern keine der typischen Anzeichen für eine Chlorgasvergiftung auf. Chemische Analysen blieben widersprüchlich, Autopsien fanden nicht statt.

Bevor die OVCW überhaupt tätig wurde, schufen NATO-Staaten Fakten. Am 14. April 2018, eine Woche vor den ersten OVCW-Untersuchungen vor Ort, bombardierten die USA, Frankreich und Großbritannien Einrichtungen der syrischen Regierung und Armee. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages stuft den von der Bundesregierung politisch unterstützten Militärschlag als völkerrechtswidrig ein.

Inzwischen sind immer mehr Widersprüche aufgetaucht. Der Bericht einer Untersuchungsmission vor Ort wurde in zentralen Teilen umgeschrieben, das Autorenteam fast komplett ersetzt. Heftigen Streit provozierte unter anderem die Zensur einer ballistischen Studie der angeblichen Gasbomben. Der OVCW-Experte vor Ort sah keine Hinweise darauf, dass die weitge-

hend intakten Behälter die Stahlbetondecke durchschlagen haben könnten. Im Gegenteil: Die vor Ort aufgefundenen Behälter seien eher händisch platziert worden. Damit wäre es wahrscheinlich, dass die oppositionellen Milizen, die Duma unter Kontrolle hatten, für die Toten verantwortlich sind. Auch die gemessene Konzentration an Chlorgas war nicht eindeutig. Dennoch heißt es im OVCW-Abschlussbericht, es gebe „gute Gründe“ für die Annahme, „dass der Einsatz einer toxischen Chemikalie als Waffe am 7. April 2018 stattgefunden hat“.

Die Reihe geleakter Dokumente machen das Ausmaß der politischen Einflussnahme deutlich: Informationen, die nicht der These eines Luftangriffs entsprachen, wurden systematisch unterdrückt. Die Whistleblower wurden bedroht und persönlich diffamiert. Die Bundesregierung als OVCW-Mitgliedsstaat ignoriert die Vorwürfe und verbreitet die Version der OVCW-Führung. Zugleich wurde auf französische Initiative beschlossen, Schuldzuweisungen nach Chemiewaffenangriffen künftig in der OVCW-Vollversammlung per Mehrheitsbeschluss zu entscheiden. Das öffnet politischen Missbrauch nun ganz offiziell

Erneut gilt: „Wir verweigern!“

Soldat 70 wird 50

Günter Gleising & Ulrich Sander

Ab Sommer 1970 ein typisches Bild auf Bahnhöfen: Gruppen mit roten Fahnen erregen Aufsehen. Diese Gruppen verteilen Flugblätter mit der Überschrift „Soldat 70 - Wehrpflichtige melden sich zu Wort“. Später versuchen Feldjäger im Zug, die Blätter einzusammeln, was aufgekommene Diskussionen nur verstärkt. Von nun an werden aufmüpfige Soldaten in Uniform auf vielen Demonstrationen der Friedensbewegung gesichtet. Die Bundeswehr verfolgt diese Wehrpflichtigen wütend – hatte sie sich doch gerade als die eigentliche Friedensbewegung bezeichnet.

Die Bundeswehr, personell wie ideell durchsetzt von der Tradition der faschistischen Wehrmacht, stand im Widerstreit zum demokratischen Anspruch, Soldaten als Staatsbürger in Uniform zu bezeichnen. Dem standen Bestrebungen des Militärs entgegen, mit Notstandsgesetzen den Einsatz im Inneren genehmigt zu bekommen, ferner Revanchegelüste, die darauf abzielten, die europäischen Nachkriegsgrenzen gewaltsam zu ändern.

Im September 1968 forderte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) dazu auf, dass die Mitglieder der außerparlamentarischen Oppositionsgruppen in die Bundeswehr gehen, um die bereits bestehende Unsicherheit der Soldaten zu vertiefen, ihre Abneigung gegen den Kriegsdienst zu verstärken und ihr Verständnis für die Kriegsdienstverweigerung zu vermehren. Den Austritt aus der NATO und den „Kampf gegen Militarismus und Kriegsvorbereitung“ hatten schon

im Mai die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) auf ihrem Gründungskongress in Essen gefordert. Im Sommer 1970 meldete sich eine größere Gruppe von wehrpflichtigen Soldaten zu Wort.

Pressekonferenz in Bonn

In der vorgestellten Studie *Soldat 70* setzten sich die zunächst 13, später 140 namentlich genannten Unterzeichner mit antidemokratischen und den Frieden gefährdenden Bestrebungen in der Bundeswehr auseinander. Auch Forderungen nach Erhöhung des Wehrsoldes, freier Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie „freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung der Soldaten“ wurden erhoben. Die antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr wurde ebenso wie die Kriegsdienstverweigerung als antimilitaristischer Kampf empfunden.

Am 22. Mai 1970 schritt die Bundeswehrführung ein und wollte die sich verbreitende Diskussion unterbinden. Im krassen Gegensatz zu der von Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt (SPD) im *Weißbuch 70* erklärten Absicht, die „Diskussion unter Soldaten“ zu fördern, weil sich „Diskussion unter Soldaten und Gehorsam nicht ausschließen“, weist Generalinspekteur Ulrich de Maiziere in einem Fernschreiben alle Bundeswehrdienststellen an, die Verbreitung von *Soldat 70* zu verhindern, weil das Papier als „schwerwiegender Verstoß gegen die soldatischen Dienstpflichten“ aufzufassen sei. Es folgten Arreststrafen und unehrenhafte Entlassungen – Entlassungsgeld futsch. Indes die Diskussion wie auch eine weitere Verbreitung



von *Soldat 70* konnte die Bundeswehrführung nicht unterbinden.

50 Jahre danach

Heute haben wir eine ganz andere Situation, und dennoch besteht die Notwendigkeit, sich der demokratischen Soldatenbewegung von vor 50 Jahren zu erinnern. Die Bundeswehr rückte zwar nicht an die Grenzen von 1937, aber doch an die von 1945 heran. Zum 1. Juli 2011 wurde die allgemeine Wehrpflicht für Männer ausgesetzt – nicht abgeschafft. Frauen dürfen in die Truppe eintreten, nicht per Wehrpflicht. Dem ging die Ausweitung der Reservistenarmee voraus. In einer Nachtsitzung des Bundestages wurde im Februar 2005 ohne Aussprache ein Reservistengesetz beschlossen, das das Höchstalter für Reservisten von 45 auf 65 Jahre an hob. Das bedeutete eine erhebliche Ausweitung der Zahl der möglichen Einsatzkräfte und damit der Bundeswehr. Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat nun angeordnet, jährlich 1000 Soldaten plus

für einen kurzen Wehrdienst, aber für einen lebenslangen Reservisten dienst, anzuwerben. Diese Soldatinnen und Soldaten stocken dann die rund eine Million Reservisten auf, die es schon gibt, die jederzeit einberufbar sind – und über deren Rolle nie gesprochen wird.

Was treiben diese Reservisten z.B. bei Prepper- und Ex-KSK-Gruppen, bei den geheimen rechtsterroristischen Gruppen? Welche Rolle spielen sie in der zivilmilitärischen Zusammenarbeit, in den Krisenkommandos in sämtlichen Landkreisen und kreisfreien Städten? Die Pläne des Wehrministeriums, viele Tausend rechte Schießwütige als „Freiwillige“ in die Bundeswehr zu locken, sie an Waffen auszubilden – und das Ganze als „Heimatschutz“ darzustellen, müssen die Friedensbewegung alarmieren. „Heimatschutz“, ein Begriff aus der Sprache der dem NSU nahestehenden Bünde und aus der Praxis des US-Präsidenten, der zentrale Truppen gegen Demokraten aufbietet.

Es existiert seit zehn Jahren

mit der „Zivilmilitärischen Zusammenarbeit (ZMZ)“ plus Reservisten ein viele Tausend Reservisten umfassender „Heimatschutz“. Die Wehrpflicht der Reservisten besteht weiter. Der Bundesverband der Reservisten wirbt mit dem Satz: „Hast du gedient, dann bist du Reservist“. Und alle sind verpflichtet, zum Dienst zu erscheinen, sobald man sie ruft. Das ist bisher noch nicht geschehen – aber es kann geschehen. Deshalb ist unser Rat an alle westdeutschen Männer der Jahrgänge von 1955 bis 2000: Verweigert den Kriegsdienst, damit ihr nicht zu Reserveübungen oder Schlimmerem eingezogen werden könnt.

Der Wortlaut im Sinne von *Soldat 70* könnte sein:

„Sehr geehrte Frau Ministerin, wir sind Reservisten und teilen Ihnen mit: Wir wollen es keinen Tag länger sein. Mit einer Bundeswehr, die wieder an die russische Grenze vormarschiert, die Belgrad bombardiert hat, die ein KSK mit Bezügen zum Rechtsterrorismus hat, die AfD-Leute als hohe Offiziere in ihren Reihen hat, die exorbitante Kosten verursacht und die nun auch den Heimatschutz betreibt per Einsatz im Innern – damit wollen wir nichts zu tun haben. Wir verweigern. Bitte rechnen Sie nicht mit uns. Streichen Sie uns aus der Liste der Reservisten.“

Die beiden Autoren waren die Initiatoren der Soldatenstudie „Soldat 70“ und sind heute in der VVN-BdA aktiv.

SEK, Nordkreuz, Prepper und der Innenminister

Ulrich Sander

Polizisten, die Informationen an Rechtsterroristen liefern, die dann linke Politikerinnen bedrohen. KSK-Kader als Helfer bei den Prepper-Kadern und Waffendieben. Bundeswehroffiziere, die Islamisten spielen. Das alles kennen wir. Und wir wissen: Es kann angeblich nicht aufgeklärt werden.

Am 15. Mai 2020 berichteten nun die Dortmunder *Ruhrnachrichten*: Das Sondereinsatzkommando der Dortmunder Polizei und der Polizei anderer NRW Städte trainiert in Güstrow/ Mecklenburg-Vorpommern auf einem Schießstand der rechtsterroristischen Gruppe „Nordkreuz“. Dies wurde vom Landeskriminalamt bestätigt. Am Raub von Munition bei Bundeswehr und Polizei zum Einsatz für den Tag „X“ sind demnach auch Polizisten aus Nordrhein-Westfalen beteiligt gewesen. Gruppen wie „Nordkreuz“ haben Todeslisten aufgestellt, um die darin verzeichneten Demokraten „wegzumachen“. Die VVN-BdA forderte erfolglos die sofortige Beendigung der Polizeikontakte in die rechte Szene hinein. Wir verlangen: Sofort sind alle SEK-Kräfte, die ausgerechnet ins 550 km entfernte

Güstrow zum Schießstand fahren – offenbar um sich mit „Nordkreuz“-Leuten zu treffen – aus dem Dienst zu entfernen. Doch weder bekam die VVN-BdA in NRW eine Antwort noch wurde ihre Erklärung in den Medien aufgegriffen. Anders in Mecklenburg-Vorpommern.

Dort hat nach einer Information des innenpolitischen Sprechers der Linksfraktion, Peter Ritter (Rostock), die Regierung Medienberichte bestätigt, „die auf enge Verflechtungen des Innenministeriums zu dem dubiosen Schießplatz in Güstrow hinwiesen“. Dieser könne dem Nordkreuz-Netzwerk als Munitionsumschlagsplatz gedient haben. Offenbar völlig sorglos gab man einem privaten Schießplatzbetreiber über Jahre hinweg nicht nur detaillierte Einblicke in sensibelste Einsatztaktiken der Polizei. Teile der Aus- und Fortbildung von Polizeibeamten legte das Innenministerium gleich in die Hände einer den Schießplatz betreibenden Firma, die laut LINKE „Verbindungen zum potentiell rechtsterroristischen Nordkreuz-Netzwerk aufweisen soll.“ Nach dem Auffliegen der Nordkreuz-Machenschaften im August 2017 wurde „diese Zusammenarbeit nicht unmittelbar beendet“.

Dieses Auffliegen hat ohnehin nicht viel erbracht. Nur ein Scharfschützenlehrer, der auch Munition in Größenordnungen klate, bekam als Verbrechenstrafe gerade mal zwei Jahre auf Bewährung. Wenn ein Innenminister in Schwerin und das

Landeskriminalamt NRW einbezogen sind in die Terrorszene – wie soll da an Aufklärung zu denken sein?

Ulrich Sander, Mitglied der Leitung und der Geschichtskommission der VVN-BdA NRW

+++ aktiv gegen krieg +++

Stoppt den Atomwaffen-Wahn!

Corona hat die vielen Schwachstellen in unserer Gesellschaft bloßgelegt: Wir leben in Zeiten von vielfachen, ungelösten Krisen. Allen voran die Klimakrise. So geht es nicht weiter! Letztes Jahr gingen weltweit 1,4 Millionen Menschen auf die Straße, um radikale Lösungen einzufordern. Die Krise der neoliberalen Wirtschaftsordnung, die Flüchtlingskrise, die viele Menschen aus ihrem Bewusstsein zu verdrängen versuchen. Besonders bedrohlich: das atomare Wettrüsten. Alle Krisen haben eines gemeinsam: Sie sind von den Menschen verursacht. Sie können von uns Menschen gelöst werden. Es liegt an uns, dass wir der Bedrohung durch Atomwaffen unsere Vision eines atomwaffenfreien Europas, von Portugal bis zum Ural entgegensetzen. Deshalb starten wir, die Initiatoren des Appells atomwaffenfreies Europa unsere Kampagnenarbeit in drei

Forderungen an die Staaten zusammengefasst:

- Beendigung der Modernisierung von Atomwaffen
- Beendigung der nuklearen Teilhabe
- Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag

Die Kampagne ist ausgerichtet auf die zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Abschaffung von Atomwaffen. Sie dient der weiteren Vernetzung mit den Kirchen und Gewerkschaften. Nur mit einer starken zivilgesellschaftlichen Stimme können wir die Politik in den drei Atomwaffenstaaten Frankreich, Großbritannien und Russland sowie den europäischen NATO-Staaten mit nuklearer Teilhabe – Belgien, Deutschland, Italien und Niederlande – beeinflussen. Wir haben die Kampagne gestartet, weil wir uns bewusst sind, dass wir in einer Zeit des Umbruchs leben. Das ist unsere Chance für ein atomwaffenfreies Europa!

www.nukefreeeurope.eu · Angelika Claußen, Europapäsidentin der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs)

+++ engagiert für den friedem +++



Ja zu: „US-Army – go home! Eucom und Africom in Stuttgart schließen! Für eine soziale, klimaverträgliche Umnutzung!“ Das Projekt Stuttgart 21 wird damit nochmals unsinniger.

Wir klatschten Zustimmung!

Hannes Rockenbauch

Anfang Juni verkündigte die US-Regierung, dass sie den Abzug von US-Truppen aus Deutschland plant, u.a. von den Standorten in Stuttgart mit den US-Militärinstitutionen EUCOM und AFRICOM. Konkret ist inzwischen, dass das EUCOM, die europäische Kommandozone der US-Armee, nach Belgien verlagert wird. Das AFRICOM, die Drehscheibe für völkerrechtswidrige Drohnenangriffe, könnte folgen, erklärte General Tod Wolters, Kommandeur des EUCOM. Wolters ist ein erklärter Befürworter eines flexiblen atomaren Erstschlags der USA.

Für Stuttgart begrüßen wir diese Pläne ausdrücklich. Damit wäre die baden-württembergische Landeshauptstadt zunächst mal wenigstens nicht mehr Primärziel eines eventuellen Gegenschlags. Doch für die gesamte Republik und die Welt wäre nur die komplette Auflösung von EUCOM und AFRICOM ein wirklich gutes Signal. Denn die Verlagerung des EUCOM nach Mons in Belgien dürfte sowohl strategisch als auch taktisch begründet sein: Laut US-Verteidigungsminister dient sie der *Erhöhung* der „strategischen Flexibilität“ der US-Truppen, d.h. verbesserten Vorausset-

zungen, um Kriege zu führen. Taktisch soll damit der Druck auf die deutsche Regierung erhöht werden, noch mehr Geld für Rüstung auszugeben, wie Donald Trump – aber auch die Demokraten mit Joe Biden – ständig fordern.

Dass dieser taktische Druck wirkt, zeigten die politischen Reaktionen von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik: Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) und seine Kollegen aus Bayern (CSU), Hessen (CDU) und Rheinland-Pfalz (SPD) gingen betteln: Das dürfe jetzt aber „nicht das letzte Wort aus dem Weißen Haus“ sein. Die Handlungsfähigkeit der Nato stehe auf dem Spiel und das „freundschaftliche und emotionale Band zwischen den Bürgern in Deutschland und in Amerika“ würde durch den Truppenabzug zerschneiden. Auch für die Fraktionsvorsitzenden von Grünen, CDU und SPD im Stuttgarter Stadtrat, samt deren Kandidatinnen und Kandidaten für die OB-Wahl im November, stimmten ein. Offenbar meinen sie, dass freundschaftliche Beziehungen zu bewaffneten US-Staatsbürgern wertvoller sind als zu unbewaffneten. Den Vogel schoss der amtierende grüne OB Fritz Kuhn ab: Er verbat sich empört den Beifall unserer Fraktionsgemeinschaft, als er

zu Beginn der Stadtratssitzung die Pressemeldung über den möglichen US-Truppen-Abzug verlesen hatte.

Unser Beifall für den angekündigten Abzug und für die Schließung von EUCOM und AFRICOM ist erstens Resultat eines klaren friedenspolitischen Standorts von mir und unserer Gemeinderatsfraktion „LINKE-SÖS-Pirat-Tierschutz“: Frieden und Sicherheit sind nicht mit Aufrüstung, sondern nur mit weniger Militär, weniger Nato und weniger Bundeswehr zu erreichen.

Zweitens bietet der Abzug der US-Truppen unserer Stadt eine historische Chance auf riesige, heute schon z.T. mit Wohnhäusern bebaute Areale im Stadtgebiet. Ein Geschenk für die von schlechter Luft, Klimaerwärmung und Mietenexplosion geplagten Menschen in der Stadt. Denn auf Grund ihrer topografischen Kessellage verbietet sich jede weitere Bebauung von zusätzlichen Grünflächen, die Frischluft für die Stadt produzieren.

Die Patch-Barracks (EUCOM) und die Kelley-Barracks (AFRICOM) haben darüber hinaus ein *doppelt so großes Flächenpotential* wie die Flächen des Gleisvorfelds des heutigen Stuttgarter Hauptbahnhofs, die für die Kühlung der Innenstadt klimatologisch

eminenter wichtig sind.

Dieses Gleisvorfeld als Potential für den Bau von rund 6000 Wohnungen ist inzwischen das letzte Argument der Unterstützer für das Tunnelbahnhofsprojekt Stuttgart 21 (S21). Der Preis für diese Bebauung wäre ein weiter verschlechtertes Innenstadt-Klima. Alle anderen in Aussicht gestellten Vorzüge (Leistungsfähigkeit, Kosten,...) haben sich als Täuschung der Öffentlichkeit diskreditiert. Und inzwischen ist selbst dieser „Joker“ nicht mehr viel wert, denn die Bebaubarkeit des Gleisvorfelds ist mittlerweile in noch weitere Ferne gerückt als die Fertigstellung des Tunnelbahnhofs: Vor Ende der 30er Jahre würde dort kein Haus stehen.

Die Flächen der Patch-Barracks und der Kelley-Barracks böten dagegen in naher Zukunft die Chance für eine städtische, gemeinwohlorientierte Wohnnutzung mit sozialen Mieten – ohne dass neue Flächen versiegelt werden müssten. Sie könnten der Einstieg in einen Stuttgarter Gemeinde-Wohnungsbau nach Wiener Vorbild werden. Dies würde gegen die laufende Verdrängung der Stuttgarter Mieterinnen und Mieter mit kleinen Einkommen wirken.

„Eucom und Africom schließen – soziale, klimaverträgliche Umnutzung!“ – das könnte ein verbindendes gemeinsames Thema für die Friedens-, Klimaschutz- und Mieter*innen-Bewegung werden. Um diese Ziele umzusetzen, bedarf es nicht nur unserer kommunalpolitischen Initiativen. Notwendig dafür ist der spürbare Druck aus der Stadtgesellschaft.

Hannes Rockenbauch ist Fraktionsvorsitzender der „Fraktion LINKE SÖS Pirat Tierschutz“, der drittgrößten Fraktion im Stuttgarter Stadtrat. Er tritt als parteiloser Kandidat zur Neuwahl des Stuttgarter Oberbürgermeisters im November an. Er gilt als einer der fünf aussichtsreichen OB-Kandidaten (von z.T.14). Siehe: www.rockenbauch.de · <https://soeslinkeplus.de>. Spenden für den Wahlkampf: <https://rockenbauch.de/spenden/>

Stopp Air Base Ramstein Aktionstage 2020

Wir demonstrieren in Berlin am Ort der politischen Entscheidungen am 26. September! Wir wollen keine Drohnen und keine US Air Base Ramstein! Wir wollen es nicht mehr länger hinnehmen, dass von deutschem Boden aus durch Drohnen überall in der Welt Kinder, Frauen – im wesentlichen Zivilisten – getötet werden. Wir fordern den Bundestag auf, das sog. Truppenstationierungsabkommen mit der US-Regierung zu kündigen! Dann müsste die Air Base Ramstein in 24 Monaten geschlossen werden! Kein Drohnenkrieg mehr von deutschem Boden, keine Luftverschmutzung, keine überflüssigen Emissionen, kein vergiftetes Grundwasser und verunreinigte Böden. Wir wollen nicht mehr das Hauptquartier für die US-Atomwaffeneinsätze, für Logistik und Spionage beherbergen. Unser Ziel ist Freundschaft mit allen Nachbarn, auch mit Russland. Gute friedliche Arbeit für jeden und jede durch ein Konversionsprogramm, um Militärisches ins Zivile umzuwandeln. Daher rufen wir zu den Aktionstagen mit Demonstration und Menschenkette der Stopp Air Base Ramstein Kampagne am 26. September auf.

- 25. September Internationaler Anti-Militärbasen Kongress über Zoom
- 25. September Abendveranstaltung als Stream auf weltnetz.tv u.a. mit Gabriele Krone-Schmalz
- 26. September Demonstration mit Menschenkette in Berlin – Auftakt am Bundesverteidigungsministerium (BMVg) und Schlusskundgebung am Brandenburger Tor

Pascal Luig, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative / Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. · Mehr Informationen: www.ramstein-kampagne.eu

Antikriegstag Aufruf des DGB zum Antikriegstag 2020

Für uns Gewerkschaften ist der Antikriegstag 2020 ein besonderer Tag der Mahnung und des Erinnerns. Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas und der Welt vom Faschismus jähren sich zum 75. Mal. Mit seinem Überfall auf Polen riss Nazi-Deutschland 1939 die Welt in den Abgrund eines bestialischen Krieges, der unermessliches Leid über die Menschen brachte und 60 Millionen Tote forderte. 75 Jahre nach Kriegsende liegt es an uns, die Erinnerung an diese zahllosen Toten wachzuhalten und der Millionen von Holocaust-Opfern zu gedenken, die von den Nazis ermordet wurden. Und wir müssen die Erinnerung daran wachhalten, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt. [...]

Wir [...] leben wir in einer Welt, die immer stärker aus den Fugen gerät. Nationalismus und Militarismus greifen wieder um sich und setzen eine neue Spirale der Aufrüstung in Gang. 75 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 erreicht der nukleare Rüstungswettlauf ungeahnte Ausmaße. Alle neun Atommächte stecken Unsummen in die Modernisierung ihrer Nukleararsenale und Anfang des nächsten Jahres könnte mit dem russisch-amerikanischen „New Start“-Vertrag das letzte verbliebene Rüstungskontrollregime für Atomwaffen auslaufen. Auch deshalb ist es nicht hinnehmbar, dass die deutsche Bundesregierung sich weiterhin weigert, den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen.

Welche Dimensionen das Wettrüsten inzwischen erreicht hat, zeigen die aktuellen Zahlen. Die globalen Rüstungsausgaben belaufen sich inzwischen auf 2 Billionen US-Dollar. Die deutsche Bundesregierung spielt dabei eine unrühmliche Vorreiterrolle. Deutschland ist nicht nur viertgrößter Rüstungsexporteur weltweit, sondern ist

bei den Ländern mit den meisten Rüstungsausgaben auf den siebten Platz vorgerückt. Wenn die Bundesregierung die NATO-Zielvorgabe erfüllen würde, zwei Prozent des deutschen BIP für Verteidigung auszugeben, könnte dies eine weitere Erhöhung des Wehretats um mehr als 20 Milliarden Euro bedeuten.

Die Corona-Krise führt drastisch vor Augen, wie verantwortungslos diese Geldverschwendung ist. Besonders deutlich zeigt sich dies im Globalen Süden. So sind etwa in vielen Ländern Lateinamerikas große Bevölkerungsteile schutzlos dem Virus ausgesetzt, weil es an einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung fehlt und die dortige Zwei-Klassen-Medizin Angehörige der Ober- und Mittelschicht privilegiert. Gleichzeitig sind die Rüstungsausgaben in der Region in jüngster Zeit stark angestiegen – Geld, das für den dringend nötigen Ausbau der Gesundheits- und Sozialsysteme fehlt. [...]

Es ist höchste Zeit, das Ruder herumzureißen! Die Pandemie, der Klimawandel, die Digitalisierung – all diese gewaltigen Herausforderungen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und vergrößern die soziale Ungleichheit. Wir müssen gegensteuern! Dafür sind neben einem starken und solide finanzierten Sozialstaat immense öffentliche Investitionen nötig – in Gesundheit und Pflege, in unser Bildungssystem, in eine sozial-ökologische Gestaltung der Energie- und Verkehrswende, in die kommunale und digitale Infrastruktur und in den sozialen Wohnungsbau. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich endgültig von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO zu lösen! [...]

Um dieser Forderung politischen Nachdruck zu verleihen, ruft der DGB als Partner der Friedensinitiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ (<https://abruesten.jetzt>) öffentlich dazu auf, sich am diesjährigen Antikriegstag mit zahlreichen Aktionen zu beteiligen.